

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,80. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 114.

Dienstag, den 17. Mai 1898.

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Achtet auf die Wählerlisten!

Parteilgenossen, Arbeiter!

Achtet darauf, daß jeder Wähler Einsicht in die Wählerlisten nimmt, welche vom 18. Mai an ausliegen werden! In jeder Werkstätte, auf jedem Bau, im Bekanntenkreise, überall müßt Ihr auf die Nothwendigkeit hinweisen und nicht locker lassen, bis auch die Säumigsten ihre Pflicht gethan haben. Parteilgenossen, aufgepaßt!

## Phrasen, Schlagworte und Lügen der Reaktion.

Beiträge zur Wahlagitatio.

III.

Eine weitere literarische Phrase, die im Wahlkampfe vielfach Verwendung findet gegen die Sozialdemokratie, ist die von der

„Heiligkeit der Familie“

und der „Nothwendigkeit, sie zu retten vor der Vernichtung.“ Dabei wird die Familie auch als eines der „heiligsten Güter“ bezeichnet, das „um keinen Preis dem Umsturz ausgereißt werden darf“ — als eine „gottgewollte Einrichtung, die „eine der wesentlichsten Grundlagen aller Ordnung“ ist.

Daß die Familie eine als heilig zu erachtende, eine nothwendige, für wahrhaft sittliche Kultur nicht zu entbehrende Einrichtung — wer, mit gesundem Sinn, möchte das bestreiten? Diese Wahrheit findet nirgends unbedingtere Anerkennung und entschiedenerer Verteidigung, als in der Sozialdemokratie. Unsere Partei darf das Zeugniß in Anspruch nehmen, daß sie unausgesetzt bemüht ist, das Familienleben auf das Basis gesunder politischer und wirtschaftlicher Zustände zu einem wahrhaft sittlichen zu gestalten. Aber gerade das ist's, was uns die infame Beschuldigung seitens unserer Gegner einbringt, daß wir bestrebt sein, die Familie „ihres sittlichen Charakters zu entkleiden“ und zu „vernichten.“ Denn die erwähnte Basis für die Familie läßt sich nicht schaffen, ohne die kapitalistische Raub- und Ausbeutungswirtschaft zu beseitigen, bzw. zunächst wenigstens erheblich zu beschränken, und ohne die politische Organisation in freiesittlichem und volksthümlichem Geiste umzuwandeln.

Nichts ist für die Familie so wichtig, wie die materielle Grundlage, wie eine gesicherte und menschenwürdige Existenz. Wer für Weib und Kinder sorgen soll, der muß auch die Mittel dazu haben. Diese Mittel können die Millionen der Männer des arbeitenden Volkes nur gewinnen aus der Bethätigung ihrer Arbeitskraft; sie sind für die Erhaltung ihrer Familie auf ihr Arbeitseinkommen angewiesen.

Aber wie ist es darum in der blügerlichen Gesellschaft bestellt? Der Kapitalismus, die über die Arbeit herrschende Besitzübermacht fragt nicht danach, ob das Arbeitseinkommen der sogenannten „kleinen Leute“ für menschenwürdige Erhaltung einer Familie ausreicht. Diese Macht kennt nur das eine Streben, ihrer Profitsucht auf Kosten der Arbeit zu genügen. Das heißt auch auf Kosten der Familien der Arbeitenden. Sie erachtet es als ein „unabwendbares Loos“, daß diese Familien mit Noth und Glend aller Art zu kämpfen haben, damit das Profitinteresse einer kleinen Minderheit seine Befriedigung finde. Mag der Arbeiter mit Weib und Kindern hungern, Mangel leiden am Mithigsten zur Ernährung und Bekleidung, zum Dahinsiechen in den elendesten Wohnungsverhältnissen verurtheilt sein — das „muß“ so sein nach der Moral der herrschenden Gesellschaft. Und wenn der Arbeiter, der kleine Beamte u. eine bessere Bezahlung seiner Arbeit verlangt, um seiner Familie eine bessere, eine menschenwürdigere Lebenshaltung verschaffen zu können, so wird er von den Vertretern der Ausbeutungswirtschaft brutal angefeindet und der „maßlosen Begehrlichkeit“ geziehen. Die öffentlichen Gewalten, Polizei und Justiz ruft man —

leider nicht ohne Erfolg — auf gegen die Arbeiter, wenn sie bemüht sind, sich vom Arbeitsherrenthum bessere Löhne und günstigeren Arbeitsbedingungen, die der Familie zu Gute kommen sollen, zu erkämpfen. Man beschimpft in maßloser Roheit die Arbeiter, die Verkürzung der Arbeitszeit fordern, um sich etwas mehr ihrer Familie, der Erziehung der Kinder, der Erholung und geistigen Erhebung im Schooße der Familie widmen zu können, als „Faulenzer“! Die Frau wird durch die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft mehr und mehr gezwungen, ihre Pflichten als Mutter und Gattin im Hause zu vernachlässigen; sie muß mit Sorgen für den Unterhalt der Familie, muß sich neben den Mann oder gar, um die keine Anwendung findende Arbeitskraft desselben zu ersetzen, der regelmäßigen, aufreibenden Lohnarbeit widmen. Ist genug werden unter dem Zwange der Noth auch die Kinder zu solcher Arbeit herangezogen.

Damit sind alle Bedingungen gegeben, das Familienleben der arbeitenden Klassen zu zerstören. Die „Heiligkeit des Familienlebens“ existirt für die kapitalistische Moral nur in der Phrase, der die grausame Wirklichkeit schneidend Hohn spricht. Dem Kapitalismus, der Besitzübermacht ist in Wirklichkeit die Familie des Arbeiters nur die Einrichtung, in legitimer Weise für den proletarischen Nachwuchs zu sorgen und selbstverständlich auch für den militärischen Nachwuchs, für Rekruten.

Mit den ungeheuren Schädigungen, welche die kapitalistische Wirtschaft den Familien des arbeitenden Volkes zufügt, verbinden sich die, die aus dem Militarismus resultiren. Schwer, oft geradezu verhängnißvoll greift auch dieser in das Familienleben ein, besonders dann, wenn er in Erfüllung seiner Aufgabe, im Kriegsführen sich befindet und Tausende und Abertausende von Vätern und Söhnen der Arbeiterfamilien auf den Schlachtfeldern ihr Leben oder ihre gesunden Glieder lassen müssen.

Alle diese Schädigungen will die Sozialdemokratie von der Familie abwenden; die wahre Heiligkeit des Familienlebens will sie herbeiführen. Und deshalb wird sie von der „Ordnungspolitik“ beschuldigt, die Familie „entsittlichen“ und „zerstören“ zu wollen!

Hätte das arbeitende Volk nicht einen so unverwundlichen und unerschöpflichen Fonds an echter Sittlichkeit, und bewährte diese Sittlichkeit im Allgemeinen sich nicht in den Arbeiterfamilien — die bestehende Ordnung würde diese Familien längst allesamt unheilbar korrumpirt haben. So aber steht das Familienleben der Arbeiterklasse moralisch sehr viel höher, als das der sogenannten „besseren Gesellschaft“, wo die Ehe in der Regel nur ein Geschäft um des materiellen Vortheils willen und demnach das Familienleben nur eine rein geschäftliche Konsequenz ist.

Und diese selbe Gesellschaft macht sich an, die „Heiligkeit des Familienlebens“ zu verteidigen zu wollen gegen den „Umsturz“.

Wir aber sagen, und haben dabei die Wahrheit, die Macht der Thatfachen auf unserer Seite:

Wer die kapitalistische Wirtschaft mit ihren die Volkskraft und die Familie verwüstenden Wirkungen verteidigt; wer einer gründlichen, wirklich reformatorischen Arbeiterschutzgesetzgebung und dem Rechte der Arbeiterklasse, sich menschenwürdige Existenz zu erkämpfen, widerstrebt; wer einer schmarozkerischen und ungerechten Wirtschaftspolitik huldigt, die da bezweckt, das Volk mit Verbrauchsabgaben zu belasten, die sich schon jetzt für eine Arbeiterfamilie jährlich auf etwa 80 Mark belaufen; wer darauf bedacht ist, der Familie immer mehr Opfer für den Militarismus aufzubürden — der ist ein Feind der Familie, ein Verräther ihrer Heiligkeit und ein Heuchler, wenn er als Verteidiger dieser Heiligkeit sich gerirt!

Wo die Ordnungspolitik für die Erhaltung der „Religion“, der „monarchischen Krone“ und der „Familie“ eintritt, da darf selbstverständlich die Hauptstütze der bestehenden Ordnung, der Besitz, nicht unberücksichtigt bleiben. Auch dafür hat diese Politik eine gegen die Sozialdemokratie gemünzte Phrase, die lautet:

„Schutz dem heiligen Eigenthum.“

Und weshalb Schutz? Weil, wie die berechnende Lüge

und die Unvernunft behaupten, die Sozialdemokratie „das Eigenthum vernichten will“.

Die Wahrheit, daß wir einer Eigenthumsbildung, welche das Unrecht der Ausbeutung und der Unterdrückung, verübt vom wirtschaftlich Starken am wirtschaftlich Schwachen, zur Voraussetzung hat, entgegentreten. Auf solche Weise entstandenes Eigenthum, das noch dazu immer wieder auf's Neue der Ausbeutung und Unterdrückung dient, als geheiligte Grundlage der Staat- und Gesellschaftsordnung anzusehen, ist Wahnsinn. Von der Ueberzeugung ausgehend, daß alles wirklich unantastbare Eigenthum nur eine vernunftrechtliche Quelle haben kann, nämlich die eigene, ehrliche Arbeit, wollen wir denen zum Eigenthum verhelfen, die alle Werthe schaffen, den Arbeitenden. Wer da seine Kräfte im Dienste der Gesamtheit ehrlich aufwendet, der soll auch die Früchte davon genießen.

Heute ist auf Grund des Ausbeutungssystems die Gesellschaft geschieden in besitzende und besitzlose Klassen. Letztere umfassen die Millionen, die über nichts verfügen, als über ihre Arbeitskraft; die diese Kraft dem Kapital verkaufen müssen, um dafür günstigsten Falls nur so viel zu bekommen, als erforderlich ist zur Fröhlung einer Existenz auf niedriger Stufe der Lebenshaltung. Viele Millionen gewinnen aus ihrer Arbeit noch nicht einmal das; sie müssen bei harter Anstrengung Noth und Glend erdulden. Und wieder Anderen lassen die wirtschaftlichen Verhältnisse keine Möglichkeit, ihre Arbeitskraft überhaupt zu verwerthen; sie müssen arbeitslos verelenden.

Ungeheuer, unermesslich ist der Frevel, der vom kapitalistischen Wirtschaftssystem an der Grundlage alles Eigenthums, am einzigen Eigenthum der Besitzlosen, an der Arbeitskraft verübt wird.

Und wo ist denn im Uebrigen das Eigenthum in der bestehenden Gesellschaft „heilig“? Nirgend! Die freie Konkurrenz im Eigenthumserwerb ist gegenwärtig doch thatsächlich nichts Anderes, als ein vollendetes Raubsystem.

Rücksichtslos tritt der kapitalkräftigere Unternehmer und Spekulant den schwächeren Konkurrenten unter die Füße, zerstört sein Eigenthum. Was in der wilden Jagd nach Gewinn der Eine profitirt, muß der Andere verlieren. Das größere, kräftigere Eigenthum jagt das kleinere und kleine auf. Bei der Spekulation in Fondel und Industrie, an der Börse, im Bauwesen u. kommen die Werthe in Betracht, die den Unvorsichtigen, den Schwachen abgenommen werden sollen. Die Besitzenden unter einander führen beständig Krieg um das „heilige“ Eigenthum. Und die Kosten dieses Krieges müssen immer die Armen, die Besitzlosen zahlen.

Trotzdem wagen die Vertreter dieser Ordnung vom „Schutz des heiligen Eigenthums“ zu sprechen! Wir wollen auch diesem Worte seine Bedeutung zurückgeben: Schutz der Ausbeutungs- und Raubfreiheit gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie, das Eigenthum der Arbeit an ihren Früchten sicher zu stellen!

## Eine Erinnerung.

Am 14. d. M. waren zwanzig Jahre verfloßen, seitdem die preussische Regierung dem Bundesrath das erste Sozialistengesetz unterbreitete. Für dessen Einbringung nahm die Bismarck'sche Politik das Attentat des verrückten Hödel gegen den Kaiser zum Vorwand. Im Bundesrath erfuhr der Entwurf nur unerhebliche Abänderungen, und bereits unterm 20. Mai 1878 wurde dasselbe dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt. Der Entwurf enthielt nur sechs Paragraphen und zwei Seiten Begründung. Die Letztere flüchte sich auf die große Lüge, daß das Attentat als „Ausfluß der sozialdemokratischen Agitation“ zu betrachten sei. Das Gesetz wurde nur für einen Zeitraum von drei Jahren gefordert, weil, wie es in der Begründung hieß, man „die Freiheit der Presse und des Vereinswesens auch der Sozialdemokratie gegenüber nicht länger beschränken wolle, als zur Sicherung des Staates und des öffentlichen Friedens unumgänglich nothwendig sei, und in der Hoffnung, daß es nach Ablauf von drei Jahren eines solchen Schutzes nicht mehr bedürfen werde“. Damals war man









